



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Nachbarstadt in freudigem Wettbewerb und unter Ausschreibung unglaublicher Trümmerhaufen über die nötigen Reparaturarbeiten hergemacht hatten, so sah Tante Malwine mit Zuversicht dem nicht allzufernen Zeitpunkt entgegen, wo die gute Ernestine endlich, wie sie sich geschmackvoll ausdrückte, ein bißchen mehr Platz haben würde. Onkel Franz, der Verschwender, der, um ein „ganz schweres“ silbernes Teesieb für das junge Paar erschwingen zu können, wegen Veräußerung einer aus der goldnen Ara der Tänzerin stammenden Busennadel Verhandlungen mit einem Graudenzner Goldschmied eingeleitet hatte, würde — das war sein Lieblingsausdruck — „ganz glücklich“ gewesen sein, wenn ihn der junge Majoratserbe in seiner Eigenschaft als Bräutigam und Courmacher mehr an sein eignes Girren und Gelpreiz während des einstigen Liebeslenzes erinnert hätte. Den Damen und Vetter Bernhard gegenüber hatte er von diesen ihn wenig befriedigenden Wahrnehmungen keine Mitteilung gemacht — er war viel zu gerieben, als daß er dem „Haltesfest“ und den „Demuren“ diese Freude gemacht hätte —, aber dem alten Herrn gegenüber hatte er doch seine Bedenken äußern zu müssen geglaubt. Natürlich in vorsichtigster Form.

Pejor avis aetas, Alfred, hatte er gesagt. Wie wir jung waren, war das Leben doch eine ganz andre Sache. Da verlor man sein bißchen Verstand vollends, wenn man verliebt war.

Da der alte Herr nicht wußte, wo Franz hinaus wollte, so sagte er gutmütig: Solche feurige Besubianer, wie du einer warst, sind sie heutzutage freilich nicht, aber du mußt auch nicht vergessen, Franz, daß die mittlere Temperatur bei dir immer um ein paar Grad höher war als bei uns andern.

Es ist kein rechter Murr bei ihnen drin, fuhr Onkel Franz fort, natürlich ohne damit den Tröster des Trampels und dessen Gefährten zu meinen. Sie betreibens jetzt wie der Nachtwächter das Tuten: ohne Begeisterung. Bei deinem Ernst warte ich heute noch vergeblich auf die erste von den Dummheiten, zu denen er in seiner Eigenschaft als verliebter Seladon berechtigt und, ich möchte sagen, verpflichtet ist. Ihn und Rosa könnte man wie Hänschen und Gretchen allein und ohne Aufsicht in den Wald schicken, so vernünftig sind sie.

(Fortsetzung folgt)



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichsspiegel. • (Wahlbewegung. Kolonialdirektor Dernburg. Die Kolonialpolitik und der Liberalismus. Vom preußischen Landtag.)

Je näher die Reichstagswahlen rücken, desto größer wird die Spannung bei allen Parteien. Niemand kann auch nur annähernd sagen, wie der Ausfall sein wird; es wäre mehr als leichtfertig, hier prophezeien zu wollen. Denn das Ergebnis ist von so vielen Faktoren abhängig, die sich jeder Berechnung entziehen. Aber nicht nötig ist es, die Zurückhaltung so weit zu treiben, daß man vor allen ermutigenden Symptomen die Augen verschließt. Und solche Symptome sind in der Tat zu bemerken, wenn sie auch nicht so hervortreten, daß sie zu Übermut und verfrühter Siegesfreude verlocken könnten. Es gab eine Episode nach der Reichstagsauflösung, in der die erste Freude über das entschlossene Auftreten der Regierung durch die Stimmen der Bedenklichen und Kleinmütigen übertönt zu werden schien. Allmählich werden diese Schwankungen in der Stimmung mehr

Grenzboten I 1907

21

überwunden, und es scheint, daß man das auch im Lager des Zentrums und der Sozialdemokratie mit einiger Sorge herausfühlt. Beim Zentrum besonders will der lange festgehaltne Ton der Überlegenheit und Zuversicht nicht mehr ganz glücken. Zum Teil liegt das wohl daran, daß der Wahlkampf die Leidenschaften stärker entfacht, aber es ist zugleich unverkennbar, daß die neuerliche Haltung der Zentrums-*Presse* oft von der ernststen Sorge um den Ausgang diktiert ist. Man hat offenbar nicht damit gerechnet, daß sich auch in der katholischen Bevölkerung ein starker Unwille gegen die Reichstagsfraktion regt, und ist verblüfft, daß die Vorspiegelung kulturkämpferischer Tendenzen, die angeblich mit der Reichstagsauflösung verknüpft sein sollten, nirgends recht verfangen will. Freilich — noch einmal sei betont! — nicht Übermut, aber Mut dürfen wir daraus schöpfen.

Ein andres Symptom darf nicht übersehen werden. Es ist die erwachende Regsamkeit in Kreisen, die nach ihrer geistigen Bedeutung zu den führenden gehören, die es aber bisher im allgemeinen verschmäht haben, in die politische Arena zu treten. Wir haben schon manche bemerkenswerten Kundgebungen dieser Art zu verzeichnen. In Berlin sind namhafte Vertreter der Wissenschaft und der Kunst — allerdings unter der Führung von Persönlichkeiten, die es immer für eine Ehrensache gehalten haben, sich auch politisch zu betätigen, aber auch unter Beteiligung von großen Namen, die sonst gern dem Felde der Politik fern bleiben — mit einem Aufruf hervorgetreten. Sie haben den Kolonialdirektor Dernburg gebeten, selbst in öffentlicher Versammlung über die Bedeutung der Kolonien zu sprechen, und dieser Bitte ist entsprochen worden. In einer zweiten Versammlung hat Herr Dernburg hauptsächlich zu Vertretern von Handel und Industrie gesprochen. Bei unsern politischen Einrichtungen ist dieses Auftreten eines hohen Reichsbeamten, der übrigens auch in Süddeutschland Vorträge halten wird, eine ungewöhnliche Erscheinung, aber Eindruck und Wirkung rechtfertigen den Versuch dieser überraschend schnell populär gewordenen Persönlichkeit. Es ist damit ein grundsätzlich richtiger Weg eingeschlagen und ein tatkräftiger Anfang gemacht worden, wodurch Kreise interessiert und zu ihrer Pflicht zurückgerufen werden, die nach der alten Schablone jedenfalls nicht zu gewinnen und aus ihrer Verdroffenheit und Gleichgültigkeit aufzurütteln waren.

Das Auftreten des Herrn Dernburg war auch geeignet, ganz besonders deutlich zu machen, daß parteipolitische Erwägungen bei der Beurteilung der Kolonialpolitik gar nicht in Frage kommen. Schon bei seiner Abfertigung des Abgeordneten Noeren im Reichstage hat Herr Dernburg mit der größten Schärfe betont, daß die Sache der Kolonien für ihn überhaupt nicht „politisch“ sei. Es ist eine nationale Unternehmung wirtschaftlicher Natur, allerdings mit mannigfachen Rückwirkungen, die sich später wohl auch im politischen Leben des Mutterlandes bemerkbar machen werden. Aber vorläufig ist die Verknüpfung kolonialpolitischer Fragen mit irgendeiner Parteidoktrin eine Unnatur, die auf die Entwicklung der deutschen Gesamtinteressen nur einen schädlichen Einfluß ausüben kann. Hoffentlich wird es eine dauernde Frucht dieses Wahlkampfes bleiben, daß der Charakter kolonialer Bestrebungen endlich richtig erkannt wird.

Auf dem radikalen Liberalismus in Deutschland — Freisinn und Volkspartei — hat es seit der Reichsgründung wie ein Fluch gelastet, daß er sich in seiner Opposition immer mehr in die engsten und kleinlichsten Grundsätze verstrickte und den Weg zu den größern Gedanken der liberalen Anschauung gar nicht mehr zurückfinden konnte. Man kann deutlich das Hinabgleiten auf der schiefen Ebene verfolgen. Zuerst war es wohl Furcht vor dem Übergewicht eines Regiments, das so beispiellose Erfolge aufzuweisen hatte, als die „fortschrittliche“ Opposition zur

Zeit des Fürsten Bismarck eine stärkere Betonung der Volksrechte durch das Mittel versuchte, das am nächsten lag, nämlich durch eine möglichst scharfe Ausübung des Budgetrechts. Aber man geriet, je mehr man sich in diese Rolle hineinlebte, desto mehr in eine einseitige und doktrinaire Richtung hinein. Man war bald so weit, daß die Regierung keinen großen und fruchtbaren Gedanken zur Erörterung bringen konnte, ohne daß der radikale Liberalismus unter Eugen Richters Führung seine erste und wichtigste Aufgabe darin sah, herauszurechnen, wieviel „Millionen neuer Steuern“ das für das Volk bedeutete. Das ist das Verhängnis der ganzen Partei-richtung geworden. Denn eben damals, als diese Färbung des Liberalismus rettungslos in der kleinlichen und engherzigen Pfennigfucherei des ödesten Philistertums versunken war, wurde das deutsche Volk vor die große Entscheidung gestellt, ob es über das Meer gehn und Kolonien haben wolle oder nicht. Und so ereignete sich hier der merkwürdige Fall, daß die Richtung des Liberalismus, die sich selbst die „entschiedne“ nannte, gegen die alten Ideale des Liberalismus Front machte, weil sie ihm vollständig abhanden gekommen waren. Denn das steht doch wohl fest, daß Erfolge in den kolonialen Bestrebungen vor allem nach zwei Richtungen hin ihre Wirkung ausüben müssen. Einmal wird dadurch die Bedeutung von Handel und Industrie bedeutend verstärkt; denn selbst Siedlungskolonien würden in ihrer Wirkung auf das Mutterland nicht als „agrарische“ Faktoren unsers Wirtschaftslebens in Rechnung zu stellen sein, sondern sie würden durch ihre Produkte dem Handel und der Industrie neue Hilfsstruppen zuführen. Weiter aber sind die moralischen Wirkungen, die von einer erfolgreichen Kolonialpolitik ausgehen, derart, daß vor allem der individuelle Unternehmungsgeist und Wagemut, die Heraushebung der Persönlichkeit, die Loslösung von Schablone, bureaukratischer Bevormundung und nicht mehr lebensfähigen Überlieferungen gefördert und zur Geltung gebracht werden. Eine gute Kolonialpolitik bedeutet für eine Nation nichts anderes als eine Schulung auf die Ideale eines echten und gesunden Liberalismus hin. Übrigens liegt darin nichts Abschreckendes für konservative Politiker, die bei einer solchen stärkeren Betätigung der Nation nach außen hin in ihren eignen Bestrebungen keineswegs zu kurz kommen. Es scheint vielmehr, als ob gerade die koloniale Entwicklung ein Ziel biete, worin sich konservative und liberale Wege begegnen, mindestens einander sehr nahe kommen. Es ist eben eine nationale Angelegenheit in der vollen Bedeutung des Wortes.

Ganz undenkbar ist es, daß diese doch nicht gerade schwer zu erkennende Wahrheit den freisinnigen Parteien von heute auf die Dauer verborgen bleiben könnte. Die Katastrophe vom 13. Dezember ist die beste Gelegenheit zur Umkehr aus einer Sackgasse. Aber noch besteht die Gefahr, daß die weitersehenden Elemente dieser Parteien in der Minderheit bleiben gegenüber den andern, die nach wie vor die alten Parteistechenpferde tummeln und sich durch die hergebrachten Phrasen von Reaktion vollständig hypnotisieren lassen, sodaß sie nicht einmal merken, wie sie mit ihrer direkten und indirekten Unterstützung der schwarzen und der roten Bestrebungen erst recht der wahren Reaktion in die Arme laufen. Ein Trost bleibt jedoch auch dann, wenn das Ergebnis der Wahlen nicht den gehegten Erwartungen entspricht. Ganz wird nämlich die frühere Lage nicht zurückkehren. Die Empfindung einer verpaßten Gelegenheit muß in solchem Falle mächtig nachwirken und zu einer ernststen Reformarbeit innerhalb des Liberalismus führen.

Auch im Zentrum gärt es. Nationale Mitglieder der Partei, die sich nur um religiöser Prinzipien willen dem Zentrum angeschlossen haben, sind erbittert über den Mißbrauch eben dieser Prinzipien, die nur als Mittel dienen, die fortschreitende Demokratisierung der Partei und ihre Entfremdung von den nationalen

Interessen hinter einem geeigneten Aushängeschild zu verbergen. So hat ein katholischer Hochschullehrer, Professor Leo von Savigny in Münster, in einer Broschüre: „Die Reichstagsauflösung, das Zentrum und die nationalen Parteien“ seinen politischen Freunden bittere Wahrheiten gesagt, und eine größere Zahl von Führern des rheinischen katholischen Adels versucht in einem Aufruf die national-gefinnten Elemente des Zentrums zu sammeln, um das Joch der Erzberger und Genossen abzuschütteln. Verschiedne Doppelkandidaturen zeugen von starker Unzufriedenheit eines Teils der katholischen Wähler mit der Führung der Zentrums-partei und dem von ihr ausgehenden tyrannischen Druck, der im Interesse der Fraktionspolitik gegen die wirtschaftlichen und nationalen Überzeugungen vieler Mitglieder und entgegen dem Parteiprogramm geübt wird. Wie weit sich diese Strömungen in dem Wahlergebnis vom 25. Januar nachweisbar durchsetzen werden, entzieht sich jeder Vorhersage. Aber auch hier wird man aussprechen können, daß das Zentrum, auch wenn es in derselben Stärke wieder in den Reichstag einziehen sollte, nach den jetzigen Erfahrungen über kurz oder lang einer innern Umwandlung nicht wird entgehen können.

Das sind alles Erscheinungen, die den weitgehenden Pessimismus, der sich nach der ersten Freude über den 13. Dezember wieder breit zu machen drohte, nicht rechtfertigen und einen Ansporn zu unverdrossener staatsbürgerlicher Pflichterfüllung am 25. Januar enthalten. Einen weiteren Ansporn sollte ein Blick auf das Urteil des Auslandes geben, wobei vor allen andern die englische Presse zu beachten ist. Sie kann es sich — mit wenigen Ausnahmen — nicht versagen, eine deutliche Parteinahme für die Reichstagsmehrheit vom 13. Dezember zu bekunden. Das Urteil, das diesen Wünschen zugrunde liegt, entsteht aus dem Zusammentreffen englischer Interessen mit der Vorstellung, die das Ausland aus unsrer liberalen Presse von den deutschen Verhältnissen gewinnt. Man konstruiert sich jenseits des Kanals ein merkwürdiges Bild von dem deutschen Volk, denkt sich einen Gegensatz zwischen dem tüchtigen und begabten, aber unendlich bescheidenen und anspruchslosen Volk von Träumern, Stubenhockern und Philistern, das gern ruhig zwischen seinen vier Pfählen sitzen möchte; und seiner herrschenden Klasse, die man sich als Vertreter einer rückständigen, gewalttätigen Politik, als Stützen gewissenloser, kriegslustiger Staatsmänner und eines rücksichtslos ehrgeizigen Monarchen vorstellt. Man hofft, die Wahlen würden diesen Gegensatz zum Austrag bringen, und freut sich auf den Sieg der Parteien, die nach englischer Meinung die Stimme des Volks bedeuten und die nationale Politik des Kaisers und des Fürsten Bülow künftig unmöglich machen sollen. Es wäre an der Zeit, daß unsre liberale Presse endlich so etwas wie Scham empfinde, dieser — wie wir doch alle wissen — völlig unzutreffenden Meinung so lange Nahrung zugeführt zu haben. Der deutsche Wähler aber müßte hieran erkennen, daß die Beschuldigung, die alte Reichstagsmehrheit vom 13. Dezember habe an den deutschen Interessen gefrevelt, nicht willkürlich, sondern zu Recht erhoben wird.

Mitten in die Zeit des Wahlkampfes ist jetzt ein kurzes Stück parlamentarischer Tätigkeit gefallen, nämlich durch den Zusammentritt des preussischen Landtags am 8. Januar. Das Abgeordnetenhaus hat in geschäftsmäßiger Kürze die erste Etatsberatung vorgenommen und sich am 12. Januar bis zum 7. Februar, das heißt bis nach dem für die Stichwahlen zum Reichstage festgesetzten Termin vertagt. Die Verhandlungen haben unter diesen Umständen weniger Interesse erregt als die Thronrede, die freilich diesmal so knapp und nüchtern gehalten war wie nur möglich. Vor allem hat die preussische Regierung sorgfältig jede Wendung vermieden, die im Wahlkampfe für den Reichstag irgendwie hätte ausgenutzt werden

können, und diese Vorsicht war gewiß sehr angebracht. Auch die Ankündigungen von zu erwartenden Vorlagen waren so allgemein gehalten, daß die Parteien zunächst wenig Anhaltspunkte für ihre Kritik finden. Aber einen erfreulichen Eindruck hat die Thronrede trotzdem hinterlassen durch die Feststellung, auf welcher soliden Grundlage das Finanzsystem des Staates ruht. Man kann sagen: jeder neue Etat in Preußen verkündet den Nachruhm des Herrn von Miquel, der die Grundlage geschaffen hat. Die Gesundheit der preußischen Finanzen beruht auf der natürlichen Steigerung der Einnahmen aus der überaus zweckmäßigen und gerechten Besteuerung der Privateinkommen, andrerseits auf der Vorsicht, mit der über solche Einnahmen des Staats, die gewissen Schwankungen und wechselnden Bedürfnissen unterworfen sind, zum Beispiel die Überschüsse der Eisenbahnverwaltung, verfügt wird. So ist der Staat in der Lage, sich durch Aufbesserung der Gehälter für mittlere und untere Beamten eine dauernde Mehrbelastung aufzuerlegen und damit eine wichtige sozialpolitische Pflicht zu erfüllen. Die Überschüsse der Eisenbahnverwaltung aber werden zweckmäßig verwandt, um den gesteigerten Verkehrsbedürfnissen auch in Zeiten wirtschaftlicher Depression gerecht werden zu können.

Zwei weitere Ankündigungen der preußischen Thronrede sind von besondrer Bedeutung, einmal der Plan der künftigen Verstaatlichung der Salz- und Kohलगewinnung, der in der Gestalt einer Novelle zum Berggesetz den Landtag beschäftigen wird, und ferner eine neue Polenvorlage, die die erneute Auffüllung des Ansiedlungsfonds und wahrscheinlich weitere Maßnahmen zur Befestigung des Deutschums in den Ostmarken fordern wird. Es würde diesmal zu weit führen, auf diese Ankündigungen näher einzugehen, die sich erst beurteilen lassen, wenn die Gesegentwürfe vorliegen. Für die Reichspolitik ist das entschiedne Bekenntnis der preußischen Regierung zum Festhalten an ihrer Polenpolitik von großer Bedeutung, denn diese Frage berührt die Reichsinteressen am nächsten. Zu den Gegnern, zu deren Bekämpfung der Reichskanzler in seinem Silvesterbrief auffordert, gehören mit Recht auch die Polen, deren Interessen auch vom Zentrum in einer mit dem primitivsten Vaterlandsgefühl nicht vereinbaren Weise vertreten werden. Auch in dieser Frage appelliert die Regierung von der engherzigen und kurzfristigen Knauserpolitik der Oppositionsparteien an das deutsche Nationalgefühl. Mögen sich auch in den Ostmarken am 25. Januar die Deutschen einträchtig zusammenfinden, um dem Polentum eine Niederlage zu bereiten.

Eine englische Stimme über deutsche Kulturarbeit in Kleinasien. Ein großer Teil der englischen Presse steht bekanntlich unsrer Kolonial- und Weltpolitik mißgünstig oder feindlich, unsern innern Zuständen verständnislos gegenüber, das erste, weil nach der gewissermaßen naiven englischen Anschauung die ganze Welt, von der ja ungefähr ein Viertel wirklich schon britisch ist, zur englischen „Interessensphäre“ gehört, und es reinweg englische Gutmütigkeit ist, wenn hier und da auch andre Völker einen Anteil an der Herrschaft der weißen Rasse über den Erdball erstreben oder besitzen dürfen, das zweite, weil der Engländer, von der Vortrefflichkeit seiner eignen Verfassung tief durchdrungen — wohl ihm, daß er es sein kann! —, alle andern Verfassungen nach dieser Schablone, die ja auch bei uns Unheil genug angerichtet hat, beurteilt, also falsch beurteilt. Eine ebenso typische als ergötzliche Probe davon bietet ein kurzer Aufsatz im Januarheft der bekanntlich nichts weniger als deutsch-freundlichen Londoner National Review über die Auflösung des Reichstags (The German Crisis, in der „Monatsübersicht“, Episodes of the Month). Danach wurde das kaiserliche Auflösungsdekret mit Jubel begrüßt von den Reaktionären (by the

Reactionaries), denn der Gegensatz, um den es sich handelte, war der zwischen dem persönlichen Regiment und dem Parlament, „zwischen dem Kaiser und seinem Volke“, und in der Reichstagswahl werden die Deutschen zu entscheiden haben, „welche Regierungsform am besten ihren Interessen entspricht“. Ein blühenderer Unsinn läßt sich nicht denken. Die national gesinnten Liberalen und Konservativen, die am 13. Dezember in der Minderheit blieben, sind Reaktionäre, Parteigänger des persönlichen Regiments, Zentrum und Sozialdemokraten vertreten den Fortschritt, die Rechte des Parlaments! Diese Parteien, von denen die eine den modernen Staat unter die Herrschaft einer mittelalterlichen Weltanschauung beugen, die andre ihn zugunsten eines scheußlichen sozialistischen Zwangsstaates zerstören möchte! Von der Erkenntnis der wahren Sachlage, des Gegensatzes zwischen diesen beiden im tiefsten Grunde staatsfeindlichen Richtungen auf der einen, der Verfechtung der zwingendsten nationalen Interessen unter der Führung des Kaisertums auf der andern Seite hat der Verfasser nicht die leiseste Ahnung. Was würde er sagen, wenn eine deutsche Zeitschrift im Ernst behaupten wollte, die wahren Vertreter der britischen Freiheit seien die katholischen Irländer! Zu seiner Entschuldigung könnte er höchstens anführen, die deutsche Presse rasoniere ja fortwährend über das persönliche Regiment, denn es ist einem Ausländer nicht zuzumuten, daß er erkennt, wie alle diese Vorwürfe auf Konstruktion und Übertreibungen beruhen, wieder ein Beleg dafür, wie ungünstig die deutsche Presse oft genug das Urteil des Auslandes beeinflusst. Im übrigen sollte jemand, der von den deutschen Verhältnissen nicht mehr versteht als dieser Kritiker, über sie weder urteilen noch vollends schreiben. Aber das schöne englische Papier ist geduldig, und das englische Publikum ist es in solchen Dingen auch.

Ein sehr viel verständigeres und gerechteres Urteil fällt die *National Review* in demselben Hefte über eine wichtige, in Deutschland selbst, wo man sich mit kleinfürstlichen Erbfolgefragen und andern weltbewegenden Richtigkeiten abgeben muß, wenig beachtete, zuweilen falsch beurteilte Seite unsrer „Weltpolitik“, über die deutsche Kulturarbeit im türkischen Asien (*German Finance in Turkey*). Der Verfasser hat freilich einen ganz falschen Begriff von der Politik, wenn er Bismarcks Nachfolgern die Absicht zuschreibt, dem Deutschen Reiche in der „Weltpolitik“ (dieses Wort braucht auch der Engländer) dieselbe Stellung zu erringen, die es unter dem großen Kanzler in Europa einnahm. Wir wollen wirklich nur „einen Platz an der Sonne“ für uns, nichts weiter, aber den wollen wir ernsthaft, weil wir ihn brauchen. Wir wollen ihn auch in der Türkei. Und hier findet der ungenannte, aber wohlunterrichtete Verfasser des Artikels, der mit „Konstantinopel“ unterzeichnet, also wohl auch dort geschrieben worden ist, den Erfolg der deutschen Politik glänzend, freilich nach seiner verkehrten Auffassung nur als „eine glänzende Ausnahme von den Fehlschlägen“, die die Anstrengungen von Bismarcks Nachfolgern gehabt haben. Er hält diese Erfolge freilich nicht für dauernd, denn sie beruhen nach ihm auf der Gunst des regierenden Sultans; abgesehen von einer kleinen Gruppe von türkischen Beamten und Offizieren, die in Deutschland oder doch unter deutschem Einfluß gebildet worden sind, betrachten, wie er sagt, alle Klassen in der Türkei die Freundschaft mit Deutschland mißtrauisch. Leider steht es mit dieser seiner pessimistischen Auffassung im Widerspruch, daß er später zugibt, Deutschland verdanke seine Geltung in Konstantinopel seiner Zurückhaltung bei allen innern Verlegenheiten des türkischen Reichs, oder wie er es an einer andern Stelle ausdrückt, „seiner zynischen Gleichgültigkeit gegen die humanitäre Seite der Fragen des nähern Ostens“ (*its cynical indifference to the humanitarian side of Near Eastern questions*), während der englische Gesandte dem Sultan oder seinen Ministern oft einmal Vorlesungen über

armenische oder bulgarische Greuel zu halten hätte, sodaß „die Haltung Englands gegenüber dem Sultan wie eine schwach verhüllte Feindschaft erscheine“ (seemed to be one of thinly veiled hostility), offenbar ein leuchtender Beweis für den humanitären Idealismus der britischen Politik seit Gladstones Wort von dem „unaussprechlichen Türken“ gegenüber dem brutalen Eigennutz Deutschlands, das dem Sultan seine Offiziere erzogen, seine treffliche Armee reorganisiert und geschult, seine asiatischen Eisenbahnen gebaut hat. Und das alles sollten die Türken allsogleich vergessen, sobald Abdul Hamid die Augen schließt, um sich der aufdringlichen britischen „Humanität“ anzuvertrauen?

Wie dem aber auch sei, diese wirtschaftliche Arbeit Deutschlands muß der Engländer unumwunden anerkennen, und er tut es auch, indem er wenigstens die Unternehmungen deutscher Finanzinstitute schildert und sie der Lässigkeit seiner Landsleute, die bei ihrer eignen Regierung keine Unterstützung fänden, als ein leuchtendes Bild entgegenhält. Seit der dem Berliner Frieden von 1878 entsprechenden Eröffnung der großen Durchgangslinie Belgrad–Nisch–Sofia–Konstantinopel im August 1888 begann das deutsche Kapital in enger Verbindung mit dem französischen, das in der Ottomanischen Bank seinen Sammelplatz findet, massenhaft befruchtend in den brachliegenden türkischen Orient einzuströmen. Nicht weniger als fünf große Anleihen im Gesamtbetrage von etwa 200 Millionen Mark hat der deutsche Geldmarkt von 1888 bis 1905 aufgenommen und sich daneben, wie der französische an diesen, so auch an den sieben französischen Anleihen dieser Jahre beteiligt, wobei der Zinsfuß gewöhnlich 4, selten 5 Prozent, der Emissionskurs aber wenigstens 70, höchstens 87 betrug, während heute der Börsenkurs nicht viel unter Pari, in einem Falle sogar über Pari steht. In demselben Jahre, in dem die erste Anleihe (30 Millionen Mark zu 5 Prozent und 70 Emissionskurs) von der Deutschen Bank übernommen und von der türkischen Regierung auf ihre Einkünfte aus den Fischereien angewiesen wurde, 1888, kaufte die Deutsche Bank die türkische, aber von einer englischen Gesellschaft verwaltete Linie Haidar Pascha (Skutari)–Ismid (92 Kilometer) für 6 Millionen Franken gegen eine jährliche Kilometergarantie von 10300 Franken und machte damit den Anfang zum anatolischen Eisenbahnetz. In demselben Jahre erlangte sie die entscheidende Konzession für eine neue Linie von 487 Kilometer bis Angora, bis ins Herz Kleinasiens mit einer Kilometergarantie von 15000 Franken, und wie sie 1890 mit der Konzession der europäischen Linie Saloniki–Monastir im Anschluß an die französische Eisenbahn Konstantinopel–Saloniki es unternahm, den Zugang zu den herrlichen Berglandschaften des alten Makedoniens zu eröffnen, so erlangte die mit ihrer Unterstützung gebildete Anatolische Eisenbahnkompagnie 1894 die Konzession für den Anfang der Bagdadbahn, die Linie Eskishehr (Doryläum)–Konia (Skonium), 445 Kilometer, auf der alten Hochstraße der Kreuzfahrer, um die noch der Ruhm deutscher Siege unter Friedrich Barbarossa schwebt, auch ein historischer Rechtstitel wie die, auf die sich andre Völker anderwärts so gern berufen. Daneben bauten die Franzosen von der Westküste her die Eisenbahn Smyrna–Kassaba mit ihren Verzweigungen, im ganzen 507 Kilometer, und mit den Engländern zusammen die kurze Linie Mersina–Adana im kilikischen Tieflande, während den Engländern nur die älteste der anatolischen Eisenbahnen Smyrna–Midin gehörte (1856 erbaut).

Noch enger wurde das Verhältnis der beiden großen Geldinstitute, der Deutschen Bank und der (französischen) Ottomanischen Bank (wie sich denn Deutsche und Franzosen außerhalb Europas sehr gut zu vertragen pflegen), als im Mai 1899 beide dahin übereinkamen, daß Deutsche Sitz und Stimme im Direktorium der Smyrna–Kassaba-Eisenbahn, Franzosen in dem der Anatolischen Eisenbahn erhielten,

und daß beide an dem Bau der schon in Aussicht genommenen Bagdadbahn zusammenarbeiten sollten. Zugleich übernahm die Anatolische Eisenbahngesellschaft die Verwaltung der noleidenden, weil isolierten Linie Merzina-Aldana und begann den Bau des Hafens von Haïdar Pascha auf Grund eines großherrlichen Fermans vom 29. Januar 1899. Wenige Jahre später unterzeichneten am 5. März 1903 zwei Deutsche von der Anatolischen Bahn, ihre Direktoren Dr. R. Zander und Gwinner, mit ihrem französischen Kollegen, dem Vizepräsidenten E. Huguenin, den Vertrag über die Erbauung der Bagdadbahn von Angora ab auf Grund eines Kapitals von 54 Millionen Franken und einer Zinsgarantie von 4500 Franken für jeden Kilometer, die auf die Zehnten basiert wurde; die Anleihen übernahmen beide Banken mit ihren verbündeten Instituten, die Leitung die Deutsche Bank. Schon am 25. Oktober 1904, am Geburtstag des Sultans, wurde die erste Sektion der ganzen Strecke, Konia-Eregli (am Fuße des Hohen Taurus), eröffnet.

Der Taurus ist erreicht, das uralte Völkertor der kilitischen Pässe, durch das alle Eroberer von Kyros bis auf die Osmanen, von Alexander dem Großen bis auf die Kreuzfahrer westwärts oder ostwärts gezogen sind, liegt vor den kühnen Pionieren europäischer Kultur, den friedlich vordringenden Eroberern des zwanzigsten Jahrhunderts. Aber mit den Terrainschwierigkeiten, die das gewaltige Hochgebirge bietet, und mit den finanziellen Ansprüchen, die sie stellen, wachsen auch politische Bedenken heraus. Die türkische Regierung und die Unternehmer haben das höchste Interesse daran, von Aldana aus Aleppo und damit einerseits die Verbindung mit der französischen Eisenbahn Beirut-Damaskus-Aleppo, andererseits mit der großen türkischen Linie von Damaskus nach Mekka zu erreichen, von der schon 700 Kilometer im Betriebe sind. Damit wäre eine Handelsstraße von der allergrößten Bedeutung hergestellt und die Landverbindung Konstantinopels mit Syrien und Arabien gesichert. Kein Zweifel, daß über kurz oder lang zunächst der Taurus überwunden und die Linie bis Aleppo vollendet werden wird. Sitzen doch in dem Verwaltungsrat der türkischen Staatsschulden Deutsche und Franzosen, von denen drei dem Direktorium der Bagdadbahn, einer dem der Ottomanischen Bank angehört, die finanziellen Verständigungen mit der türkischen Regierung werden also wesentlich erleichtert.

Eine politische Gefahr droht jedoch jenseits Aleppo. Unser Artikel läßt keinen Zweifel daran, daß England geneigt ist, Mesopotamien, das Ziel der Bagdadbahn, zu seiner Einflusssphäre zu rechnen. Hat es doch schon Versuche gemacht, sich an der Mündung des Euphrat und Tigris irgendwie festzusetzen, und es hat durch sein jüngstes Abkommen mit Rußland über Persien seine Stellung am Persischen Golfe noch befestigt. Was ist das doch für eine weitschauende, konsequente Politik, die freilich auch daheim niemals durch parlamentarische Verständnislosigkeiten und Quertreibereien gestört wird! Man wird sich oft über sie ärgern, aber selten umhin können, sie zu bewundern. Offen spricht es der Artikel aus: jenseits Aleppo werde die Bagdadbahn auf „britische Feindseligkeit“ (british hostility) stoßen, wenn sie nicht eine Verständigung mit England suche; die Unterstützung der deutschen Regierung allein werde bei etwaigen Verwicklungen keine genügende Hilfe für die Bagdadbahn sein. Das nächste, was man in England wünscht, ist die Beteiligung englischen Kapitals an dem großen Unternehmen, darüber hinaus aber derselbe vorwaltende Einfluß auf den südlichen Teil der Linie, den Deutschland auf den nördlichen Teil hat (the same predominance on the southern part of the line as the Germans on the northern part, i. e. on the Anatolian line from Constantinople to Konia). Dem steht allerdings unter anderm die Bestimmung des Vertrags entgegen, die der Bagdadbahngesellschaft untersagt, einen Teil der Linie abzutreten oder zu über-

tragen, und ihre Verpflichtung, die Bahn Bagdad-Bassora, falls diese früher gebaut werden sollte als die Linie bis Bagdad, dem Handel nicht eher zu öffnen, als bis diese Strecke vollendet sei.

Sollte England diese „Internationalisierung“ wirklich verlangen, so würde die ganze Angelegenheit aus einer rein wirtschaftlichen zu einer halbpolitischen werden und vollends in das Kapitel vom deutsch-englischen Gegensatz, also in die große Politik hineingezogen werden. Wir können das nicht für wünschenswert halten, und wir können auch nicht glauben, daß die türkische Regierung, die so zäh an ihrer Oberhoheit über Ägypten festhält, das ihr die Engländer doch tatsächlich entwunden haben, so leicht in ein Abkommen über Mesopotamien willigen würde, das einem englischen Protektorat über dieses zukunftsreiche uralte Kulturland verzweifelt ähnlich sähe. Aber man begreift die englische Politik auch hier als eine zwar durchaus selbstsüchtige, aber konsequente. Hat sie früher an der Erhaltung des türkischen Reichs gearbeitet, dafür sogar den Krimkrieg geführt und noch 1878 ihre Mittelmeerflotte nach Konstantinopel geschickt, um die türkische Hauptstadt vor den Russen zu schützen, so geht sie seitdem offenbar auf das Gegenteil aus. Sie hat schon 1878 Cypern genommen, sie hat die Bildung des bulgarischen Gesamtstaats gegen den Berliner Frieden begünstigt (1885), sie hat 1882 Ägypten besetzt, sie greift im südlichen Arabien um sich. Ein verhülltes Protektorat über Mesopotamien würde ganz in dieses System passen; damit würde diese künftige Zugangsstraße nach Indien gerade so gut in englische Hände geraten, wie es der Suezkanal schon ist. Deutschland steht auf dem entgegengesetzten Standpunkte. Es will politisch gar nichts von der Türkei, keinen Fuß breit Landes, kein Protektorat über irgendeinen ihrer Teile; es will das türkische Reich, soweit es noch lebensfähig ist, also vor allem in Asien, wo es nur schwache christliche Volksgruppen umschließt, erhalten durch wirtschaftliche und militärische Kräftigung. Das alles wissen die Türken, und darauf, nicht nur auf der immerhin höchst schätzenswerten Freundschaft zwischen dem Sultan und dem Kaiser, beruht ihr Verhältnis zu Deutschland. Dieses sieht keinen Vorteil darin, auch noch in Asien diese bunt durcheinander gewürfelten, ewig miteinander habenden Rassen und Religionsgenossenschaften, diese Türken, Griechen, Armenier, Kurden, Araber u. s. f. irgendwie politisch auf eigne Füße zu stellen, wie es auf der Balkanhalbinsel mit den Serben und den Bulgaren geschehen ist, ohne daß dadurch auch nur der innere Frieden gesichert worden wäre; auf diesem zerklüfteten Boden kann nur eine herrschende Rasse einen haltbaren Zustand schaffen und erhalten, wie es hier tatsächlich immer der Fall gewesen ist; damit wird der Menschlichkeit und der Zivilisation am meisten gedient, und in diesen Dienst haben sich die deutsch-französischen Unternehmungen in Kleinasien mit dem besten Erfolge gestellt. Wie sie den deutschen Kapitalisten eine vorteilhafte Anlage bieten, jährlich Millionen an Zinsen nach Deutschland leiten, die deutschen Maschinenfabriken und Eisenwerke, also auch die deutsche Arbeiterschaft mit lohnenden Aufträgen bedenken, Tausenden von deutschen Technikern und Beamten reichen Verdienst geben, so haben sie überall längs ihrer Bahnlinien blühendes Leben hervorgerufen, indem sie den fleißigen türkischen Bauern den Absatz ihrer Produkte und wirtschaftliche Fortschritte erleichtern, und ihre militärische Leistungsfähigkeit hat sich zum erstenmal im letzten türkisch-griechischen Kriege 1897 glänzend bewährt. Daß damit solchen Mächten, die an der Verstärkung auch der asiatischen Türkei arbeiten, nicht gedient ist, versteht sich von selbst. Besteht erst eine Eisenbahnverbindung von Konstantinopel bis Mekka, dann werden sich die von England heimlich geförderten Separationsgelüste der Araber schwerlich verwirklichen, und dann könnte eine türkische Armee ohne Hindernis bis an die Grenze Ägyptens gelangen. Sollten sich aber die Türken doch unfähig erweisen, ihr Reich

zu reorganisieren, dann würde Deutschland neben England und Frankreich stehen, um mitzuwirken an der Aufrichtung eines Protektorats. Doch das sind Bilder einer fernen Zukunft, mit denen der praktische Politiker nicht rechnet und nicht rechnen soll. (Vgl. zu der ganzen Frage den Reichs Spiegel vom 7. Juni 1906 — Nr. 23.) *

Der Zusammenbruch der zukunftsstaatlichen Gemeindebäckerei der Stadt Catania. Die jonisch-sykilische Kolonie des Charondas und Stefichoros unter dem Ätna, die heute über 150 000 Einwohner zählt, hat in ihrem langen Leben von siebenundzwanzighundert Jahren viele Herrscher gesehen, Hieron und Dionys von Syrakus, Alkibiades und Timoleon, Marcellus und Oktavian, die Byzantiner, Ostgoten, Vandalen und Sarazenen, den großen Hohenstaufen Friedrich den Zweiten und den König Peter den Dritten von Aragonien, die Spanier, die Bourbonen und endlich die Befreier und Schöpfer des italienischen Einheitsstaates G. Garibaldi und König Viktor Emanuel den Zweiten von Sardinien.

Die moderne Stadt Catania ist zur Metropole des sizilianischen Handels geworden; die Eisenbahnen tragen die reichen Produkte des Innern (Getreide, Orangen, Zitronen, Haselnüsse, Wein, Schwefel und Ätnaschnee) zu ihrem Hafen als dem bequemsten Ausfuhrort. Der Adel, wovon mehr als achtzig Familien in Catania wohnen, ist sehr reich und liebt solide Eleganz. Die Einwohner gehören zu den gebildetsten der Insel. Der Gesundheitszustand ist infolge der herrlichen Gärten, des ausgezeichneten Quellwassers und der modernen Kanalisation vortrefflich. Catania ist Winterstation für Leidende der Atmungsorgane; die Zahl seiner Regentage beträgt im Jahre nur 39. Das milde Klima, die von Sonnenlicht durchflossene Meerluft und die Düfte seiner exotischen Gärten bieten für die Kranken ein erquickendes Labfal.

Im Sommer des Jahres 1902 erhielt dieses emporblühende Gemeinwesen einen neuen „Tyrannen“, Eigenherrscher im altgriechischen Sinne des Wortes, der nicht mit der Schärfe des Schwertes, sondern mit dem Gewicht der auf seinen Namen gefallenen Stimmzettel die Stadt der heiligen Agatha eroberte; das war der sozialdemokratische Schriftsteller De Felice Giuffrida.

Ein Teufelskerl dieser De Felice! Als heißblütiger Redner hatte er die „Fasces“ organisiert und für seine aufrührerische Agitation acht Jahre Gefängnis als Strafe erhalten. Nach anderthalb Jahren wird er begnadigt und beginnt sofort mit antiker Tapferkeit die Bekämpfung der Verbrechergesellschaft der „Maffia“ — „ein wahrer Judas!“ klagen die Maffiusen, „der Abtrünnige hat unsre intimsten Geheimnisse aufgedeckt.“ Als Vetter der Fasces war De Felice radikaler Monarchist, als Abgeordneter entdeckt er sein sozialdemokratisches Herz. Sein Anhang setzte sich zusammen aus den Landarbeitern der Vorstädte, aus den Hafenarbeitern und dem Kleinbürgertum, wovon die siebenhundert Bäckergefallen seine persönliche Leibwache bildeten. Die Angestellten der Bäckereien beklagten sich mit Recht über ihre vierzehn- bis sechzehnständige Arbeitszeit und die ganz unzureichende Entlohnung. Die Meister begegneten dem gütlichen Zureden des sozialdemokratischen Bürgermeisters mit tauben Ohren.

Die literarische Jungmannschaft der Sozialdemokratie in Italien bestreitet die Bedürfnisse ihrer Anhängererschaft mit Übersetzungen aus dem Deutschen. So fielen dem Bürgermeister von Catania ganz von ungefähr die Studien seiner Kollegen Rümelin von Stuttgart und Abdes von Frankfurt am Main in die Hände. „Die Gemeinde als Trägerin des kommenden sozialen Staates!“ — das ist die Losung, und hier muß die „positive Arbeit“ einsetzen. „Die Gemeindebäckerei ist eine weise Einrichtung und die wesentliche Aufgabe der modernen Gemeindeverwaltung“ — also

lautet De Felices Verordnung. „Gutes, gesundes und billiges Brot!“ — wurde das Selbstgeschrei für die Kommunalwahlen. Das kann natürlich nur erreicht werden durch die Municipalizzazione del panificio (Vergemeindung der Bäckereien). Darum Tod allen selbstständigen Bäckern, die nur noch als Verschleißer der in der großen Brotfabrik der Stadtgemeinde hergestellten Backware geduldet wurden.

Das Experiment wurde im großen Stil am 26. November 1902 beschlossen: von 9785 Wählern stimmten 5200 für die Vergemeindung der Brotherstellung; nur 145 Personen erklärten sich dagegen.

Im Frühjahr 1903 gab das Regiment De Felice Giuffrida den folgenden Rechenschaftsbericht heraus, der in ganz Italien ungeheures Aufsehen erregte.

„Zugunsten der Konsumenten ist das Kilo Brot um zwölf Centesimi (zehn Pfennige) = dreißig Prozent im Preise vermindert worden.

Zugunsten der Arbeiter sind die Arbeitsstunden von sechzehn und zwölf auf den Weltnormalarbeitstag von acht Stunden herabgesetzt worden.

Zugunsten der Arbeiter wurde der Taglohn von 2 Lire 40 auf 5 und in der Minimalentlohnung auf 4 Franken gebracht.

Zugunsten der Gesamtbevölkerung wurde die Qualität aller Backwaren so verbessert, daß unsre Universitätsprofessoren eine namhafte Verminderung aller Verdauungskrankheiten feststellen konnten.

Die Gemeindefasse hat nach den ersten drei Monaten ihres Bäckereibetriebs außer der sofortigen Rückzahlung von 10000 Franken für die Kosten der Neueinrichtung einen Nettoreingewinn von 8000 Franken.“

Die Nachprüfung dieser erstaunlichen Zahlen im Jahre 1904 ergab eine arge Enttäuschung. In Wahrheit betrug nach Form und Gewicht der Backwaren die Verbilligung nicht 12 sondern nur 2 bis $2\frac{3}{4}$ und $3\frac{1}{2}$ Centesimi. Mit dem Normalarbeitstag der acht Stunden stand es besonders windig: es herrschte nämlich Schichtwechsel, und ein Tag auf drei blieb ohne Bezahlung. Der Durchschnittstaglohn von 5 Lire entpuppte sich als plumpe Aufschneiderei. Nach der Rechnungslegung von De Felices eigener Hand zahlte er im Jahre 1904 an 538 Backarbeiter 1282 Lire für den Tag, das ist 2 Lire 38 für den Kopf. Über die vorzügliche Qualität der Backwaren lauten die Berichte des Präfekten über die vorgenommenen Untersuchungen einigermaßen widersprechend: „6. Juli 1904. Auf vierzehn Proben: sechs höchst tadelnswert und zur Nahrung untauglich, drei verdorben, zwei verbraucht und eine von niedrigster Qualität. 17. Juli 1904: zwei Proben von minderm Hausmehl und schlecht vergoren, vier Proben von verdorbnem Mehl, zur Nahrung untauglich, dreizehn Proben von übel aufbewahrtem Mehl (muffig), wenngleich noch genießbar. 18. Juli: die Proben ergeben, daß zuviel Mehl zweiter Qualität verwandt wird.“ Außerdem wurde ein Fehlbetrag von 147000 Lire festgestellt, und aus den städtischen Magazinen waren Bäckereiwaren im Werte von 34000 Lire von der zukunftsstaatlichen Bäckerei gestohlen worden.

Diese Untersuchung durch den Regierungsausschuß im Jahre 1904 fand keinen Glauben. Abgesehen von der Parteiverblendung und der allgemeinen Verderbtheit im Süden konnte das schwerste Rätsel nicht gelöst werden: „Woher kamen die gleich zu Beginn des Jahres 1903 zugunsten der Gemeindefasse erreichten glänzenden Ergebnisse finanzieller Art?“ Die Gewinne von 8000 und 6000 Lire für das Vierteljahr waren nämlich echt.

Gewiß waren die rechnerischen Überschüsse der ersten acht Monate richtig. Als nämlich die Mehlmändler Italiens im Dezember 1902 erfahren hatten, daß sich eine einzige Bäckereifirma in Catania auf tue, die mit täglich 160000 festen Kunden (die Hafenpassanten und Fremden eingerechnet) arbeite, gab es ein allgemeines

Wettrennen unter Angebot der glänzendsten Bedingungen; die oberste lautete — bei dem unbegrenzten Kredit der reichen Stadt Catania — auf lange Zahlungsfristen: sechs, neun und zehn Monate. Darum schien in Catania für die Dauer eines vollen Jahres die soziale Frage in dem wichtigen Punkte einer billigen Beschaffung des Brotes durch die Kommunalisierung des Bäckereibetriebs allerdings gelöst worden zu sein, bis zu Neujahr 1904 der schlimme Irrtum ans Licht kam: der Fabrikant hatte rein übersehen, seinen Rohstoff in Rechnung zu stellen. Die zukunftsstaatliche Gemeindebäckerei von Catania verteilte viele tausend Franken „Reingewinn“, weil sie das Mehl nicht bezahlte.

Am 17. August 1906 präsentierten allein die zwei Müllerfirmen Nicotra und Samperi ihre vollstreckbaren Forderungen für geliefertes Mehl mit 232 000 Franken, zahlreiche andre Mehlhändler folgten. In Summa: die Hauptmenge des seit 1903 bis heute von der Zukunftsbäckerei verbackenen Mehls ist niemals bezahlt worden.

Nun ist über das „*eminente sozialpolitische, wohltätige und hygienische Musterinstitut einer Gemeindebäckerei*“ die Gant verhängt, die Liquidation eröffnet und die strafrechtliche Untersuchung eingeleitet worden. Als die auf vierhundert Arbeiter zusammengeschmolzene Bäckerei der sozialdemokratischen Gemeindeverwaltung durch einen Streik die Bevölkerung auszuhungern drohte, ordnete der Präsekt die sofortige Öffnung der alten Privatbäckereien an.

Wieviele Millionen die „*Tyrannis*“ des beredten Agitators und schlechten Rechenmeisters De Felice und seines zukunftsstaatlichen Gemeinderats kosten wird, muß die Zukunft lehren. Die Unverwüstlichkeit der sizilianischen Gemeinwesen ist staunenswert: viermal wurde Catania von Feindeshand zerstört, zweimal von der Lava seines gefährlichen Nachbarn Ätna zugebedeckt, dreimal durch Erdbeben gänzlich umgeworfen; darum wird diese Stadt auch mit den Folgen des nur seine Finanzen verheerenden Experiments einer zukunftsstaatlichen Gemeindebäckerei fertig werden.

